

Verlag: „Sozialistischer Verlag“ s. G. m. b. H., Breslau 1, Mittelstraße 49/50.

Schlesische

Verlagspreis: Die Schlesische Kolonialzeitung oder deren Raum 1,25 Mk., anwärts 1,50 Mk. Einzel- und Wohnungspreise, Familiennachrichten, Vereine und Versammlungs-Anzeigen 0,50 Mk. Kellern: Die Restausgabe, dreispalten oder deren Raum, hinter Text 2.- Mk.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Abonnementpreis: Die Schlesische Kolonialzeitung oder deren Raum 1,25 Mk., anwärts 1,50 Mk. Einzel- und Wohnungspreise, Familiennachrichten, Vereine und Versammlungs-Anzeigen 0,50 Mk. Kellern: Die Restausgabe, dreispalten oder deren Raum, hinter Text 2.- Mk.

Verlagspreis: Die Schlesische Kolonialzeitung oder deren Raum 1,25 Mk., anwärts 1,50 Mk. Einzel- und Wohnungspreise, Familiennachrichten, Vereine und Versammlungs-Anzeigen 0,50 Mk. Kellern: Die Restausgabe, dreispalten oder deren Raum, hinter Text 2.- Mk.

Abonnementpreis: Die Schlesische Kolonialzeitung oder deren Raum 1,25 Mk., anwärts 1,50 Mk. Einzel- und Wohnungspreise, Familiennachrichten, Vereine und Versammlungs-Anzeigen 0,50 Mk. Kellern: Die Restausgabe, dreispalten oder deren Raum, hinter Text 2.- Mk.

„Parademarsch sei euch das ganze Leben!“

Gastbefehl gegen den Genossen Gruschwitz?

Am Mittwoch Morgen versuchten zwei Kriminalbeamte unseren Genossen, den Stadtverordneten Gruschwitz, in seiner Wohnung zu verhaften. Genosse Gruschwitz war nicht anwesend und entging dadurch der Verhaftung. Die Kriminalbeamten zeigten keinen Gastbefehl vor.

In diesen Tagen versucht es die Reaktion, Führer des revolutionären Proletariats durch Verhaftungen und „Fluchtversuche“ nussächlich zu machen. Darum richten wir an das Generalkommando die Frage, ob wirklich die Verhaftung unseres Genossen Gruschwitz geplant ist oder ob es sich um einen eigenmächtigen Akt reaktionärer Elemente gehandelt hat.

Wie bisher in jedem Falle einer politischen Verhaftung in Breslau — so würde auch dieses Mal nicht das geringste belastende Material gegen den Genossen Gruschwitz dem Generalkommando zur Verfügung stehen. Aber der Fall Däumig, in welchem die Begründung der Schutzhaft geschwinderweise erst jüta eine Woche später gegeben wurde, die willkürliche Freiheitsberaubung des Genossen Goldschmidt — trotz seiner Einhaftung durch den Minister Heine — u. v. a. bezeugt, daß es ja gar nicht auf eine sogenannte Rechtswidrigkeit ankommt. Gelmutz von Gerlach hat recht, wenn er schreibt: die ganze Richtung paßt ihm nicht (dem Roske).

Wir erheben schärfsten Einspruch gegen den Versuch der Staatsbürgerlichen Entrechtung, wie sie in einer Schutzhaft vorliegen würde.

Wir halten jeden solchen Versuch zugleich für eine maßlose Provokation der Arbeiterschaft, die zu unabsehbaren Konsequenzen führen könnte.

Wir fordern vom Generalkommando die Garantie für die Freiheit und Sicherheit des Genossen Gruschwitz und wir fordern die Arbeiterschaft auf, sich nicht zu unüberdachten Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen und allen Provokateuren zum Trost die Röhre zu bewahren.

Rutschgerüchte in Berlin.

Der Wörderkultus, den die Reaktion mit der Person des Grafen v. Co-Balloy treibt, eine raffiniert angelegte Pressehege gegen Erzberger und die Pogromstimmung, welche von den deutschnationalen Kreisen gezüchtet und durch die famose „Rechtssprechung“ sogenannter Militärgerichte sanktioniert wurde, haben eine Atmosphäre geschaffen, aus der heraus das Attentat eines jungen, deutschnationalen Mannes, früheren Fähnrichs, auf den Reichsfinanzminister Erzberger möglich wurde. Als der Minister am Montagmittag das Gerichtsgebäude verließ und schon in seinem Auto saß, trat ein junger Mann auf ihn zu und feuerte zwei Schüsse gegen ihn ab, von denen der eine den Minister an der Schulter verletzete, während der andere, gegen den Wagen gerichtet, an einem harten Gegenstand abprallte. Der Täter wurde von dem Begleiter des Ministers entwaffnet und verhaftet. Die Wunde soll nicht gefährlich sein.

Über den Prozeß Erzberger-Helfferich werden wir später eingehend berichten. Er bringt manches wichtige Material ans Tageslicht, z. B. die bewusste Vieldeutigkeit der berühmten Juli-Resolution. Im übrigen mutet der Streit einen an wie der Disput zwischen Mönch und Rabbi in dem Heineschen Gedicht; sicher ist nur, daß sie beide stinken.

Schon seit einiger Zeit war in Berlin die Rede von einem Rutsche, den die monarchistischen Aspiranten unternehmen wollten. Ihre fieberhafte Tätigkeit blieb nicht geheim und die Anzeichen für einen entscheidenden Vorstoß der Reaktionskräfte verdrängten sich so sehr, daß Genosse Dittmann in einer Zuschrift an die „S. Z. am Montag“ und die „Berliner Volkszeitung“ von dem mutmaßlichen Schlichtplan der Öffentlichkeit Kenntnis gab. Es sollten danach in der Nacht vom 26. zum 27. Januar mit Hilfe gefälschter Verhaftungsbefehle und der Reichswehr, Sicherheitswehren usw. die Führer der rabfakalen Berliner Arbeiterschaft festgenommen und in möglichst großer Anzahl wegen „Fluchtversuchs“ ermordet werden. Die Methode ist ja aus den Tagen des Januar und März 1919 nicht unbekannt!

Natürlich ließ die Regierung sofort nach der Veröffentlichung des Dittmannschen Briefes am 26. Januar erklären, nach „pflichtgemäßen“ Ermittlungen sei kein Wort an der Geschichte wahr. Die bürgerliche Presse am Abend des 26. Januar glorierte desgleichen, während nur die deutschnationalen Organe völlig stumm blieben.

Eist das Attentat auf Erzberger am Abend des 26. Januar öffnete der „Deutschen Tageszeitung“ den Mund über das sonderbare Zusammentreffen. Der alldeutschen Reaktion ist die Tatsache des Attentats am Tage der Veröffentlichung des Dittmannschen Briefes natürlich außerordentlich unangenehm: umso mehr, als ihre Presse ihren Lesern zunächst völlig unterschlagen hatte! Die „D. T.“ schütet den Mörder in ihrer Morgenausgabe vom 27. Januar sehr energisch ab und schreibt dann zu den Mitteilungen unseres Genossen, die sie weidlich zu entkräften sucht:

„... Trotzdem hätten wir von ihnen, als von sinnlosen Nimmermärchen überhaupt nicht Notiz genommen, wenn nicht das uns bedauerliche Attentat auf Erzberger Anlass gebe, die Sinnlosigkeit der angeblichen Gerüchte deutlich festzustellen.“

Werkwürdig ist nur, daß die „D. T.“ etc. pp. erst das ausgerechnet am Vorabend des 27. Januar, des Geburtsstages des Erzstifters, erfolgte Attentat auf Erzberger zum Anlaß nahm, die „Sinnlosigkeit der angeblichen Gerüchte“ festzustellen! Werkwürdig ist schließlich auch die Tatsache, daß die „Welt am Montag“ am 26. Januar das Schreiben eines Mehrheitssozialisten veröffentlichte, in dem dieser mitteilte, daß im Umkreis seiner Berliner Wohngegend mehr als 200 auf absonderliche Art gekennzeichnete Häuser festgesetzt wurden. Daß diese aus alldeutschen Rufen und Haken bestehende Zeichen deutlich die Lage bestimmter Wohnungen verrietten. Und daß diese Wohnungen ausschließlich Unabhängigen, Kommunisten und oppositionellen Mehrheitssozialisten gehörten! Werkwürdig erscheint schließlich auch, daß dem Einsender dieser Notiz von zahlreichen anderen Leuten die Richtigkeit seiner Beobachtungen bestätigt worden ist!

Wir wollen uns nicht weiter über den Fall verbreiten und nur noch mitteilen, daß nach der Niederschlagung der Räteherrschaft in München gleichfalls eine Anzahl von Häusern, in denen keine Monarchisten und sonstige Reaktionäre wohnten, mit den Zeichen versehen worden waren, von denen jetzt in der Zuschrift an die „Welt am Montag“ berichtet wurde!

Wie sie lügen:

Zuerst hat der Reichskanzler Bauer die Unwahrheit ausgesprochen, daß Regierungssoldaten vor dem Reichstage getötet und zwei Sicherheitswehrlente in die Spree gestürzt worden wären. Die amtliche Meldung mußte feststellen, daß kein Regierungssoldat getötet und nur 11 verwundet worden wären (davon 3 — wie einwandfrei feststeht — durch Fehlschuß von ihren Kameraden).

Darauf versuchte man den Mord an dem Wächmeister Rudolf, der in Reutvölln von einem Baltikamer begangen worden war, den Reichstagschiffereien zur Last zu legen. Das war selbst für bürgerliche Blätter zu toll.

Dann versuchte man, den Kursrückgang auf die Ereignisse vor dem Reichstag zurückzuführen. Man vergaß jedoch, daß die Notierungen der Kölner Börse am 13. Januar spätestens um 1 Uhr erfolgten, während der Zusammenstoß erst zwischen 3 und 4 Uhr vor sich ging, und daß dieser Rückgang einer allgemeinen Bewegung entspricht.

Man erfand man, daß unsere Genossen, insbesondere die Genossen Rosenfeld und Störck, die Demosfiranten schließlich im Stich gelassen und sich in die Sicherheit des Reichstages geflüchtet hätten. Auch daran ist kein wahres Wort; die Genossen hatten sich lediglich einmal auf wenige Minuten in den Reichstag begeben, um von oben die Größe der Demonstration zu ermesen, und nahmen im übrigen an der Kundgebung teil. Besonders elchast berührt eine solche Verleumdung im Munde von Leuten, die sich auf Grund ihrer wirtschaftsriedlichen und kriegswichtigen Leistungen dauernd von der Front und vom Militär reklamieren ließen und revolutionäre Genossen in die Schützengraben geschickt hatten.

Schließlich berief man sich auf die angebliche Äußerung eines Genossen aus — Gerolzheimer (Unterfranken), des Genossen Goldmann, der am 11. Januar gesagt haben sollte: „Am 13. oder 14. Januar wird die Regierung gestürzt. Es ist alles genau vorbereitet. Wir brauchen nur auf den Knopf zu drücken.“ Nun stellt sich heraus, daß der Genosse Goldmann weder am 11. Januar noch an einem anderen Tage der letzten Jahre in Gerolzheimer gesprochen noch an irgend einem anderen Orte irgend wem die ihm böswillig untergeschobene Äußerung getan hat. Die Blätter, welche die Schwindelnachricht gebracht haben, werden Gelegenheit erhalten, ihre Verleumdung vor Gericht zu verantworten. So lügen sie alle Tage.

Vom Ausnahmezustand.

Verboten wurden am Sonntag in Berlin die von der U. S. P. zum Protest gegen die Pressebelagerung einberufenen Versammlungen. Roskitten mit Waffen und Tafeln: Wer weitergeht, wird erschossen!

standen vor den Versammlungstokalen. Geschützt wurde am selben Sonntag ebenfalls von Roskitten eine deutschnationale Versammlung im „Zirkus Busch“, welche hochverräterische Entschliefungen in der Frage der „Schmach“ der Auslieferung der Kriegsverbrecher faßte.

Verboten waren ungefähr 25 Zeitungen unserer Partei.

Freigegeben wurden: Die „Republik“, Kiel; Die „Magdeburgische Volkszeitung“; Die „Bergische Volksstimme“, Remscheid, unter Zusicherung völliger freier politischer Meinungsäußerung mit der Einschränkung, über die Sechsstundenschicht der Bergarbeiter nur referierend zu berichten.

Verhaftet wurden: Genosse Karl Böttcher, der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, deren Redaktion so objektiv war, daß sogar der Militärbefehlshaber bis zum 16. Dezember 1919 zurückgehen mußte, um einen wenigstens ihm „verheßend“ erscheinenden Artikel ausfindig zu machen; der Redakteur der „Roten Fahne“, Frankfurt am Main;

110 Genossen in Berlin (unter ihnen die kommunistischen Volksratsmitglieder Rasch und Heinen).

Genosse Dr. Alfons Goldschmidt, der Herausgeber der „Räte-Zeitung“, ist zurzeit, da diese Zeilen geschrieben werden, noch immer in Haft, obwohl der Minister Heine die Freimachungsverfügung schon vor Tagen unterzeichnet hat. Wie die „Berliner Volkszeitung“ dazu mitteilt, ist es der Minister Roske, der sich der Enthaftung widersetzt. Der „Vorwärts“ findet nicht ein Wort des Protestes gegen diese skandalöse Freiheitsberaubung trotz Entlastungsverfügung. Wieder überließ es dies Blatt der Arbeiterbewegung einem bürgerlichen Blatt, für Freiheit und Recht der Unterdrückten Einspruch zu erheben. „Wir möchten hiermit — so schreibt die „Volkszeitung“ — nicht nur noch einmal jeglichen Verhaftungen von Journalisten, denen strafbare Dinge nicht nachgewiesen werden können, aufs energichste widersprechen, sondern auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Befreiung Dr. Goldschmidts sofort erfolgen möchte. U. E. handelt es sich hier um eine Angelegenheit, die die gesamte Presse und den ganzen Journalismus von links nach rechts hinüber angeht. Für den „Vorwärts“ ist dadurch die „Berliner Volkszeitung“ zu einem bolschewistischen Organ geworden.

Genosse Däumig hat endlich die Begründung für seine Schutzhaft zugehellt erhalten. In ihr heißt es: „Däumig ist der Organisator der neuen revolutionären Bewegung, die gegen den Fortbestand der jetzigen Verfassung des Reiches geführt wird. Sein Ziel ist, durch gewalttätigen Umsturz die jetzige Regierung und Verfassung zu stürzen und an deren Stelle die auf der revolutionären Räteorganisation aufgebaut Diktatur des Proletariats zu setzen. Hierbei frägt er sich auf seine Rechtfertigung als maßgebendstes Vorstandsmitglied der U. S. P. D., als Mitglied des „Vorwärts“, das an die Stelle des Roten Volksrates getreten ist und als eigentlicher Leiter der von ihm umsturz vorbereitenden revolutionären Oskente.“

„Völkerbund.“

Im Völkerbund herrscht ziemlich Anstößigkeit. Die „Vereinigten Staaten“ haben sich zurückgezogen. Anstößig fragt man in Frankreich: „Wir werden wissen müssen, ob wir die „alliierten und assoziierten Mächte“ bleiben oder ob wir nur noch die alliierten Mächte schlechthin sind.“ Der „Times“ stellt fest, daß ein Ausscheiden Amerikas eine Katastrophe wäre. „Wie könnte man auch irgend etwas Günstiges festlegen ohne die Vereinigten Staaten? Von Deutschland Zahlungen erhalten? Sie werden Rohstoffe fordern, um zu arbeiten, und Kredite, um diese Rohstoffe zu kaufen. Ist das ohne den Dollar möglich? Das adriatische Problem lösen? Die Jugoslawen werden sich hinter die Versprechungen Wilsons verschanzen; Italien wird zu allen Abmachungen die Garantie einer Zustimmung Amerikas fordern. Das russische Problem? Die Bolschewiki drohen bis nach Bladimostol vorzudringen. Polen, Rumänien und die baltischen Staaten können von ihnen im nächsten Frühjahr angegriffen werden. Und man glaubt, sich nicht darum kümmern zu müssen, ob die Vereinigten Staaten für oder gegen das Stachelbrachtsystem sind. Konstantinopel irgend jemandem zu weisen? Von allen aus dem Krieg resultierenden Fragen ist es gerade dies, was einen neuen Weltkonflikt heraufzubeschwören droht.“ So jammert man in Frankreich. Aber eben darum wird Amerika sich hüten, sich die Finger zu verbrennen. Die Vereinigten Staaten ziehen sich aus der Politik Europas in dem Augenblick zurück, in dem ihr Eingreifen die schwebenden Gegensätze entscheiden und stabile Machtverhältnisse und Koalitionen schaffen würde; die Vereinigten Staaten übernehmen danach Europa gegenüber die Rolle, welche früher England gespielt hat. Die finanzielle Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten zusammen mit ihrer außereuropäischen, antieuropäischen Lage führt von selbst dazu, daß die europäischen Gegensätze letzten Endes ihnen zugute kommen. Je abwartender man jedoch in Washington den europäischen Problemen gegenübersteht, umso aktiver ist die Politik, die man in Amerika selbst befolgt. Der Gegensatz zu Mexiko hat sich in den letzten Wochen verschärft und es ist möglich, daß er zu kriegerischen Verwicklungen führen kann. Dadurch würden die Vereinigten Staaten ihre Stellung in Mittelamerika und besonders am Panamakanal festigen.

Zwischen den verwaisten „alliierten“ Mächten häufl sich indes der Konfliktstoff. Italien ist in seinen Hoffnungen schwer enttäuscht. Vor allem bestehen aber tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich in der russischen und in der türkischen Frage. Die englische Volkswirtschaft braucht die Rohstoffe Rußlands und verlangt Frieden mit Sowjet-Rußland; Frankreich fürchtet für seine Milliarden und verlangt den Stachelbruch von Rußland. England wünscht eine möglichst vollkommene Aufteilung der Türkei; Frankreich befürchtet die damit verbundene Stärkung der englischen Welt Herrschaft (— Ägypten, Palästina, Mesopotamien, Persien, Indien stehen schon unter englischem Einfluß; kommt noch Konstantinopel und mit ihm Kleinasien hinzu, so entsteht ein ununterbrochenes englisches Kolonialreich von den Dardanellen bis zur Mündung des Ganges mit Expansions tendenzen nach Norden, in das große russische Reich und Sibirien —); darum tritt Frankreich für die möglichste Unversehrtheit der Türkei ein. Vor kurzem schrieb das „Journal“:

„Frankreich hält tren an dem Grundsatz fest, daß die Unab hängigkeit der rein türkischen Gebiete unumgänglich bestehen bleiben muß und daß der Sultan in Konstantinopel zu belassen ist. Diese Lösung hat alle Vorteile für sich. Sie hält die Verbindung der Türkei mit der westlichen Zivilisation aufrecht und sie gestattet den europäischen Mächten, auf die osmanische Regierung behändigen Einfluß zu gewinnen, dem sich eine auf Ästien beschränkte Türkei nur allzuleicht entziehen würde. Frankreich und England brauchen nur in die Vergangenheit zu sehen, um zu erkennen, welche Politik der Türkei gegenüber notwendig ist. Nur weil beide Mächte sich von ihr zurückgezogen hatten, konnte sie dem Arme Deutschlands anheim fallen. Eine Aufteilung der Türkei dagegen würde die schwerwiegendsten Folgen haben. Sie würde aus Kleinasien einen neuen Balkan machen. Noch einmal! Die gestrichelte Frage des Schalfats würde angeknüpft und unbegrenzte Begehrlichkeiten entfesselt. Alles steht also zugunsten der Aufrechterhaltung des status quo, jedochverständlich mit den unumgänglichen Garantien für die Reform der türkischen Regierung, für den Schutz der Minderheiten und die Freiheit der Meinungen.“

Im Übrigen, wer sollte ihre Nachfolgerschaft übernehmen? Die Ungarn etwa? Als Besatzung ohne Zweifel. Die Griechen? Das gäbe eine schäbne Sicherheitsgarantie. Der Völkerbund? Ich glaube nicht, daß man den Scherz soweit treiben wird, davon zu sprechen. Ja, aber wer dann? England?? Soll es etwa da hinaus? Der Augenblick ist gekommen, um deutlich zu reden.“

Vermutlich wird man den Scherz doch so weit treiben und Italien vom Völkerbunde aus mit dem Mandat über die Dardanellen betrauen. Ueber die Folgen eines solchen Schrittes schrieb kürzlich „Echo de Paris“:

„In jedem Falle wird Frankreich dabei den Kürzeren ziehen. Und sein Verbündeter England macht sich die ganze slavische Welt zum Feinde, die es gegenüber dem Germanismus nicht entbehren kann.“

Während man so miteinander stritt, hat sich in der Türkei eine starke nationalistische Bewegung gebildet; Mustafa Kemal Pascha hat ein Heer im Innern Kleinasiens zusammengebracht; wichtiger aber ist, daß eine riesige Russlandsbewegung durch die ganze mohammedanische Welt geht, die im Zusammenhang steht mit Sowjet-Rußland. „Das Wort Bolschewismus“, so schreibt „Journal des Debats“, „im russischen Sinne ist hier nicht ganz am Platze, wohl aber bildet sich zurzeit eine ganz neue Art nationaler und geistiger Bewegung, die von den aus Kurdistan zurückkehrenden Reisenden berichtet wird und die man den mohammedanischen Bolschewismus nennen könnte. Man kann ermaßen, was uns bedroht, wenn sich dieser Bolschewismus mit dem russischen verbündet und wenn sich Europa einer geschlossenen Macht gegenübersteht, die sich von den Grenzen

Polen bis nach Sibirien und über Rumänien bis nach Syrien und Ägypten einerseits und Afghanistan und Indien andererseits ausbreitet.“

So ist der „Völkerbund“ innerlich uneinig und von einer elementaren Bewegung in seinen Grundfesten erschüttert. Während England seinen siegreichen Frieden mit Deutschland schließt, steht ein unbekannter größerer Todfeind auf und gestaltet die Lage des Landes kritischer als je zur Zeit des vergangenen Krieges. Der kommende Staatsmann Englands, Lord Cecil, erklärte in seiner letzten Rede, „daß die Lage für ein, zwei Jahre sehr kritisch sein würde. Er möchte sogar sagen, daß sie in mancher Beziehung so bedrohlich erscheine, daß er in düsteren Augenblicken zweifle, ob England überhaupt hindurchkommen könnte. Widerführe dem Lande ein Unglück, ein elementares Unglück, eine Störung des Friedens, so glaube er, könne kein Mitglied der Regierung für die Wohlfahrt des Landes einstehen“.

Kostenlose Kinderernährung in Rußland.

Die Wirtschaftliche Kommission hat einen Plan zur Organisation kostenfreier Verpflegung von Kindern der Arbeiter und Beamten, die zur niedrigsten Lohnkategorie gehören, für ganz Rußland ausgearbeitet. Der Staat nimmt alle Kosten für die Verpflegung der Kinder mit Lebensmitteln auf sich.

Keine Truppen nach Rußland.

Amsterdam. Laut „Telegraaf“ ist in London eine Bestätigung der Meldung eingetroffen, daß die Alliierten und die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, eine neue Expedition nach Rußland zu entsenden.

„Central News“ zufolge soll Frösch im Obersten Rat einen Bericht des englischen Generalstabes vorgelesen haben, wonach mindestens vier europäische Divisionen notwendig seien, um im Kaukasus eine starke Front herzustellen. Nach einer Untersuchung der Lage sah man ein, daß die große Truppenzahl, die England in Irland, Ägypten, Indien und Mesopotamien haben muß, es nicht in die Lage setzt, Freiwilligen-Truppen noch nach anderen Punkten zu entsenden.

Die Intervention soll nur darin bestehen, daß die Georgier mit Kriegsmaterial versorgt werden. Verschiedene Soldaten- und Matrosenabteilungen sollen jedoch nach dem großen Petroleum-Mittelpunkt Baku entsendet werden. („Welt am Montag.“)

Japans Politik in Sibirien.

Die Entscheidung der japanischen Regierung in der sibirischen Frage, die im letzten Kabinettsrat getroffen werden sollte, wurde unter dem Eindruck der Mitteilung, daß die amerikanischen Streitkräfte aus Sibirien zurückgezogen werden, noch hinausgeschoben. Wie der „Times“ aus Tokio gemeldet wird, droht wegen dieser Frage eine Kabinettskrise, da die Regierung dem Drängen des Kriegsministers General Tanaka auf größere militärische Unternehmungen in Sibirien gegenüber eine sehr laue Haltung einnimmt. Es läuft also auf eine Kraftprobe hinaus, die entweder zum Rücktritt des Kriegsministers oder zur Demissionierung des Kabinetts führen dürfte. Inzwischen wächst das Chaos in Sibirien, wo General Semenov und General Horwath mit Proklamationen gegeneinander arbeiten. Ein Teil der Truppen Semenovs ist zu den Bolschewisten übergegangen. Sein Bemühen, östlich vom Baikalsee eine eigene Regierung zu bilden, ist bisher an dem Mißtrauen, auf das er in Transbaikalien stößt, gescheitert. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Chabiv meldet, daß alle Klaffen der Bevölkerung, die Intelligenz inbegriffen, eine sozialistische, ja selbst bolschewistische Regierung begrüßen würden. Bolschewistische Manifestationen längs der ganzen Eisenbahnlinie, die nur mit großer Mühe von den Japanern gehalten werde, seien an der Tagesordnung.

Aus der deutschen Republik.

Zwei bliamierte Europäer.

Der deutschen freiesten aller Republiken erster Präsident, Herr Ebert, hatte es für notwendig befunden, gegen das Wipblatt „Satyr“ Beleidigungsklage zu erheben. Koske desgleichen. Der „Satyr“ hatte unter dem Titel „Unsere Menagerie“ eine Reihe politischer Persönlichkeiten in Tierbildern gebracht. Ebert war als Eber mit der Unterschrift abgebildet: „Der Urgrund jedes Teils und Zwecks ist die Behaglichkeit hierieden, der Ebert freut sich seines Specks und ist zufrieden.“ Koske war als Affe dargestellt, wie er den Reichsapfel mit der Aufschrift „Militarismus“ in der Hand hat. Auf dem Kopfe trägt er einen Papierhelm mit einer roten Feder, beide nur in schwarz-weiß-roten Badedosen. Unter dem Koskebild stand: „Possierlich sehr ein Sozi ist, wenn er vom Fürstentum rührt“. Die anderen karikierten Politiker haben keinen Strafantrag gestellt. Obwohl der Staatsanwalt 300 Mark Geldstrafe beantragt hatte, folgte das Gericht dem Gutachten der Sachverständigen, darunter Eduard Bernstein, Graf Reventlow, Rudolf Presber, Georg Bernhard. Sämtliche vernommenen Sachverständigen bezugnahmen, daß Tierbilder seit dem grauen Altertum ein gebräuchliches Mittel der Satire seien und daß der Angeklagte nicht die Grenzen der politischen Satire überschritten hätte. Der Verteidiger Bahn wandte sich gegen die politischen Prozesse überhaupt, die Ebert und Koske, als sie noch nicht Staatsoberhaupt und Minister waren, auf das heftigste bekämpft hätten. Das Gericht möge gleich bei diesem ersten Vorstoß wegen der politischen Satire das Prinzip aufstellen, daß es sich nicht, wie unter dem alten System, dazu hergeben würde, politische Gegner durch Nichtsprüche mundtot zu machen. Die Freiheit der politischen Satire müsse unter allen Umständen gewahrt bleiben. Es sei eine Satire, in einem von Sozialdemokraten geleiteten Staat durch Straf-

anträge dem „Satyr“ zu verhindern, gegen Sozialdemokraten latetisch zu werden.

Das sog. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, obgleich es in seiner Begründung der Auffassung Ausdruck gab, das Koskebild halte sich an den Grenzen des Zulässigen. Die Blamierten bei der ganzen Geschichte sind nun Ebert und Koske. Der „Satyr“ wird durch den Prozeß noch nachträglich ein glänzendes Geschäft machen und die öffentliche Meinung hält sich den Bauch vor Lachen.

Ein Skandal!

Während Belagerungs Zustand und Presseunterdrückung gegen das revolutionäre Proletariat und seine Vertreter wüteten, schritten deutschnationale Nabaubröder von Erfolg zu Erfolg. Wir hatten kürzlich über alldeutsche Studentendemonstrationen gegen den bekannten Berliner Universitätsprofessor und Pazifisten Nicolai berichtet, dessen Vorlesungen planmäßig durch nationalistisches Geklär gestört wurden. Herr Hänisch, der preussische Kultusminister, sah sich natürlich nicht veranlaßt, gegen die Nabaubrüder einzuschreiten, waren es doch keine für ihre Rechte in Ruhe auf der Straße demonstrierende Arbeiter! Professor Nicolai hat sich jetzt gezwungen gesehen, seine Vorlesungen bis auf weiteres auszusetzen, d. h., bis die gegen ihn von den deutschnationalen Studenten erhobenen Beschuldigungen — die darin bestehen, daß er sich während des Krieges der Schiftenierung durch die Militärbehörden durch die Flucht ins Ausland entzog! — in besonderer Untersuchung geklärt sind! Dem Senat der Berliner Universität schien es nicht notwendig, ohne weiteres gegen die studierenden Nabaubröder vorzugehen und die Lehr- und Lernfreiheit zu schützen, wie das seine und des Ministers Pflicht unter allen Umständen gewesen wäre.

Der Vorfall wirkt ein wirklich bezeichnendes Schlaglicht auf die kulturellen Verhältnisse in der deutschen Republik. Kein Wunder, daß alle Welt sich über sie lustig macht und sie niedriger noch einschätzt, als ehemals das monarchistische Deutschland.

Wirtschaftliches.

Das notleidende Kapital.

Unlängst machte das „Berliner Tageblatt“ auf die Aktienkäufe der rheinischen Eisenhandelsfirma Dito & Co. in Düsseldorf aufmerksam, die in mehrfacher Beziehung ein allgemeines Interesse verdienen. Diese Firma hat es nämlich verstanden, einen erheblichen Teil der Aktien sämtlicher führender Eisenwerke, der vereinigten Stahlwerke von der Zypen, der Rheinischen Stahlwerke und der Phönix-Aktiengesellschaft in ihre Hände zu bringen; so hat sie z. B. von 106 Millionen Mark Gesamtkapital der Phönix-Aktiengesellschaft für nicht weniger als 25 Millionen Mark Aktien erworben. Dadurch hat sie einen sehr erheblichen Einfluß auf das Unternehmen und einen wichtigen Schritt zu einem Montantrust hin getan.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet allerdings, daß es die Firma Wolff nicht so sehr auf eine Trustbildung in der Eisenindustrie abgesehen hat (welche allerdings die Konsequenz dieser Operationen sein würde), sondern daß sie nur ihre enormen Gewinne aus Ausfuhrverkäufen anlegen wollte. Besonders nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages und nach dem starken Rückgang der deutschen Valuta bildete sich ein großer Unterschied zwischen der Inlandspreisen in Deutschland und den Weltmarktpreisen heraus, der die Erzielung gewaltiger Ueberpreise beim Export gestattete. Von diesen Verhältnissen hat nun besonders die Firma Otto Wolff zu profitieren verstanden. Man nimmt an, daß diese Firma nach und nach ein Vermögen von mehreren hundert Millionen Mark „geschafft“

habe, das sie naturgemäß in irgend einer Form anzulegen bemüht war. Die eigenartige Entwicklung, die sich in Deutschland in der letzten Zeit vollzogen, hat dahin geführt, daß der Handel in großem Maße „Geld macht“, während die Industrie außerordentlich kapitalknapp geworden ist und ihre Betriebsmittel durch Kapitalerhöhungen dauernd vergrößern muß. Der Grund für diese Entwicklung liegt darin, daß die Industrie, die viele Arbeiter beschäftigt und ihre großen, jetzt nicht ausgenutzten Anlagen zu verzinzen hat, mit ganz anderen Unkosten und Spesen rechnen muß wie der Handel, dem die Konjunktur der hohen Preise ungegünstig zugute kommt.

Hier tritt der Wahnsinn der kapitalistischen Anarchie ganz plastisch hervor: dadurch, daß Produktion und Handel nach keinem einheitlichen Wirtschaftsplan zentral geleitet werden, steckt der unproduktive Handel allen Gewinn aus der Konjunktur ein, während die produktive industrielle Arbeit infolge eben dieser Ausnutzung der Konjunktur durch den Handel um so intensiver ausgebeutet wird und um so abhängiger wird.

In besonders großem Umfange ist es nun anscheinend der Firma Otto Wolff gelungen, diese Konjunktur im Handel und im Exporthandel auszunutzen, wobei ihr neben der ausgesprochenen Tüchtigkeit ihres Inhabers auch ihre guten Beziehungen einerseits zu der deutschen Regierung und andererseits zu einflussreichen Kreisen des Auslandes zugute gekommen ist.“

Das Vaterland über die Partell
Hilf deutsches Land erhalten!
Oh Deine

Grenz-Spende

für die Volksabstimmungen
auf Postkonto Berlin 73776
oder auf Deine Bank
Deutscher Schulbund, Berlin NW 2

Wer ist dieser ausgezeichnete Direktor? Der Herr
Scheidtstrang.

derselbe, welcher dem Reichswehrministerium und dem
Preussischen Ministerium sehr nahe steht und den falschen
Nas für Marlow unterschrieben hat. Bisher ist
noch kein Verfahren wegen Urkundenfälschung gegen ihn
eröffnet worden. Dieser Herr hat seine Beziehungen zur
Regierung dazu benutzt, um ein Vermögen von mehreren
hundert Millionen Mark für seine Gesellschaft zu „schaffen“.
Inzwischen ist dieser Herr Scheidtstrang ins besetzte Gebiet
geflüchtet.

Aber Korruption — so was gibts in unserer
kapitulierten Regierung nicht!

Weitere Preissteigerungen.

Das Seifenhabitat hat im Einverständnis mit
dem Reichswirtschaftsministerium beschlossen, die Preise für
Seife vom Februar ab um 100 Prozent zu erhöhen. Seifen-
fabriker dagegen erfahren eine Preiserhöhung von nur wenigen
Prozenten. Der Kupferblechverband (Kassel) hat mit
sforziger Wirkung seine Preise um 153 Mark auf 2986 Mark
pro 100 Kilogramm erhöht. Der Deutsche Glasfabriken-
verband erhöhte den Feuerzuschlag auf Flaschen aller Art
von 60 auf 150 Prozent rückwirkend ab 20. Dezember 1919.
Die deutschen Nietenfabrikanten haben den Aufschlag
auf die Stückpreise für Kupfer- und Messingnieten um 100,
also auf 600 Prozent und die Gewichtspreise um 5, also

auf 39—41 Mark erhöht. Infolge Verkehrsstörung mußte
der Zinkhüttenverband seine Stun. „instweilen ver-
tagen, wodurch die in Aussicht genommene starke Preiser-
höhung für Zink vorüberhand unterbleibt.

Folgen der freien Lebensmittelwirtschaft.

Einen für Deutsch. sehr schätzenswerten Versuch der
Ueberführung der staatlichen Lebensmittelbewirtschaftung in
den freien Handel hat England gemacht. Der „Yorkshire
Observer“ berichtet darüber:

„Da die öffentliche Meinung darauf drängte, wurde
die Kontrolle über Speck aufgehoben. Es wurde versichert,
daß die Preise stark und dauernd fallen würden, aber das
Gegenteil war der Fall. Vier Monate lang stiegen die
Preise regelmäßig. Große Mengen von minderwertigem
Speck wurden auf privatem Wege eingeführt, worauf die
Preise für Schweine in einem Tage um 3 sh und dann
stetig weiter fielen. In der Zeit ohne Kontrolle wurde der
Speck durch viele Zwischenhändler mit Nutzen verkauft,
der sich bisweilen auf das Zehnfache des kontrollierten
Preises bezog. Im Mai wurde die Kontrolle über Kalb-
fleisch aufgehoben. Der Kleinhandelspreis wechselte damals
zwischen 1/5 und 1/8 und schnellste bei Aufhebung der
Kontrolle innerhalb 1—2 Tagen auf 2 — bis 5/— hin-
auf. Nach drei Wochen mußte die Kontrolle wieder ein-
geführt werden, worauf die Preise wieder normal blieben“.
Wenn selbst für England die Zeit des freien Verkehrs

mit Lebensmitteln noch nicht gekommen ist, so darf in Deutsch-
land noch viel weniger daran gedacht werden. Unsere Er-
fahrungen warnen auch vor solchen Experimenten, wie sie sich
bei Engländer gestatten können.

Am Freitag, den 23. d. Mts. sprach in den Eisenhütten der
Kaufmann des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kamerad
M. K. Kasse-Breslau über das Thema: „Der Reichsbund, seine
Stellungnahme zur Hinterbliebenenfürsorge und sein Prinzip der
Selbsthilfe.“

Nach dem Einlesen einer außerordentlich lebhaften Dis-
kussion zu dem Referate seitens der Hinterbliebenen wurde nach-
stehende Resolution angenommen:

Die in der stark überfüllten Versammlung am 23. Januar
1920 in den Eisenhütten in Breslau anwesenden Kriegsbeschä-
digten, Mitglieder der größten sozialpolitischen Organisation
Deutschlands, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegs-
teilnehmer und Kriegshinterbliebenen, vertreten in Breslau
durch 6000 Mitglieder, fordern auf Grund der in der Dis-
kussion hervorgebrachten Klagen einstimmig als notwendig
unumstößliches Bedürfnis, daß die durch reichsrechtliche Ver-
fügung vom 8. Februar 1919 zu schaffenden Beiräte der Kriegs-
hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, sowie die gesamte Für-
sorge unter ein Degerat zusammengelegt werden müssen, um
daß die Kameradenfrauen und die Kameraden des Reichs-
bundes, die bis jetzt im Kampfe um unsere wirtschaftliche
Sicherstellung trenn und erfolglos zusammengestanden, nicht
durch eine amtliche unsoziale Maßnahme auseinandergerissen
werden.“

Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schottländer;
für die Inserate Fritz Ulrich.
Druck: Buchdruckerei Büchel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadt-Theater.

Donnerstag 7 Uhr:
Rigolotto.
Freitag 6 Uhr:
Siegfried.

Robe-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Indig.

Thalia-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die selige Excellenz.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. Tel. Ring 3545
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Wiener Blut.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Gladasfürstin.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Die Giskosbaroneß.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Ein Kaisertraum.

Viktoria-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Geisha
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Nachm.-Vorstellung

Lieblich-Theater.

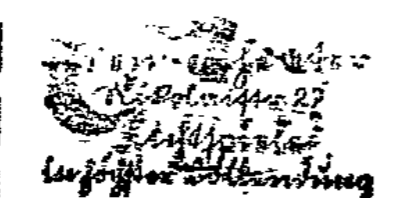
Täglich 7 1/2 Uhr:
Hildegarde
mit neuen Tänzen
Paul Jülich
Hinodes
Original Japaner-Truppe
Hans Beets
und Partner
und das grosse Januar-
Programm.

Breslauer Trichter

in d. unteren Räumen
des Belfariens
Kleinbühne
und Sallhaus.
Neuer Spielplan.

Schallplatten

werden gekauft
für 2 oder 1 Gramm
best. für 4 oder 1 gute
Musikhaus Melzer
Böckel-Str. 30.



Hauts Erstaufführung:
**Todeskuss
der Liebe**
Ein Filmroman
packendsten Inhalts.
„Nie sollt ihr Euer Herz an
ein Weib hängen!“
Dieser grausige Schwur
der Ahnen derer von Beyen
erfüllt sich unabwendbar
an ihren Nachkommen, die
dazuerben, wenn sie lieben.

**Erstens kommt es
anders, zweitens
als man denkt.**
Lustspiel aus dem Leben
in einem Badeorte.

Beltgarten.

Täglich 7 1/2 Uhr abds.:
Der brillante Spielplan
Ab 1. Februar:
**Große internationale
Ringkampf-
Konfurrenz**
um die Meisterschaft
von Deutschland
u. die Siegesprämie
von 10000 Mk.
= Sonntags =
2 Vorstellungen.



**Morgens
Rosengarten**
Abends 7 1/2 Uhr

**Altes Silber,
Blei, Messing,
Zinn**
sowie alle Sorten
Edelmetalle
Otto,
Bismarckstr.
Nr. 8
Fernsprecher Ring 1000.

**Militär- und
Zivil-Garderobe**
u. gewand. gesch. geräumt aus-
schließl. u. gebildet. Modist. H. L. L.
Uhren leicht oder repariert
Falk, Paradiesstr. 5

75 Jubiläums-Feier 75

zum 75 jährigen Bestehen der
freien Religionsgemeinde Breslau E. V.
Sonntag, den 1. Februar d. J. früh 9 1/2 Uhr
Grünstraße 14/16

Fest-Erbauung Pred. G. Tschirn.
Thema: Ein feste Burg ist unser Bund.
Nachmittag 4 Uhr i. d. Sälen des Gewerkschaftshauses
Fest-Konzert
unter Mitwirkung des Sängerkhros „Bildungskranz“.
Festred.: Herr G. Tschirn, Herr Dr. Ohr, Herr E. Wolfsdorf.
Nach dem Konzert: **Tanz in beiden Sälen.**
Eintrittspreis: Erwachsene Mk. 1.—, Kinder Mk. 0.50.
Tanz: Herren Mk. 2.—, Damen Mk. 1.—.

Montag, den 2. Februar abends 7 1/2 Uhr
im Saale de „Freibeberg“
Grosser öffentlicher Vortrag
von Herrn G. Tschirn aus Wiesbaden.
Thema: „Der Zusammenbruch des alten Gottesglaubens und
der Aufbau neuen Geistes-trebens.“
Eintritt 6 1/2 Uhr. Freie Ans-prache. Eintritt pr. Mk 0.50.
Verkaufsstellen zu allen Veranstaltungen: Grünstr. 14/16,
Volkswachtbuchhandlung Grauzenstr. 8. Bäntig, Neudorfstr. 12,
Zigarrenhdlg. Keichel, Marthastr. 140, March, Lösch-tr. 1 und
Habenstr. 117, Hilscher, Friedr.-Carl-Str. 28, Papierhandlung
Kram, Glogauer Str. 19 und Restaurant Gewerkschaftshaus.

Lichtspiele

Taschenstrasse 20.
Bis Montag:
**Die grosse
Zirkusattraktion
(Todesjockey II. Teil)**
Noch nie dagewesene
Sensationen
und d. übrig. reichhalt. Spielplan.

Möbel

kaufen Sie gut u. billig
bei der altbewährten
Firma (gegr. 1885)
Paul Fahnroth
Breslau 2
Neudorfstr. 13
Nähe des Hauptbahnhofes.

Jede Frau
bed. Kapplung über meinen
maschin. 8 und patentierten
**idealen
Frauenschuß H**
30 H. Köpcke belegen.
Reichhagen
Frau C. Helbing
Breslau 10, Kolkstr. 13

Spiralbohrer

aus S. S. und Werkzeugstahl
kauft laufend zu den höchsten
Preisen gegen Kassa. Die neuen Ware.
Falk & Ströter
Reuthendroße 59, II. links.

Brautpaare billige Möbel

2 H. Schrank mod. 250 RM.
2 H. Bettis 250 „
1 Tisch mit Schublade 65 „
4 Stühle à 21 84 „
2 Bettstellen mit Matr. 420 „
1 Stuhl, 7 teil. mod. 400 „
alles zus. 1469 RM.

Max Giesel,

Brüderstraße 23.
**Knaben-
Toppfen**
von
15 RM.

Gräblicher Str. 27

Vorzugsgruppen für Säckereien
ausgef. bei Frau E. Helbing,
Bismarckstraße 15 II. Etr.
H. E. P. D.
Ortsgruppe Deutsch-Tschech.
Konting. 2. Sect. abds. 7 Uhr
Definit. Versammlung.
Thema: Die Demonstrationen
am 22. Januar 1919
Refer.: Gen. Gröbner-Dresden.
Gesprächsergebnisse in der

Achtung! Parteigenossen!

Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr Distriktsabende in
folgenden Lokalen:
Distrikt 4: Gelbhornstraße 1
" 5: Königstraße 19
" 6: 2 Hauptmarktstraße 91
" 7: Köpckestr. 7
" 9: Friedrich-Wilhelm-Strasse 109
" 10: 7 Uhr: Pöppelstraße 31
Morgen Freitag 7 1/2 Uhr:
Distrikt 9a: Friedrich-Wilhelm-Strasse 109.
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:
Sozialistische Jugend: Lesabend.
Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!
Ortsgruppe Deutsch-Tschech.: Am 2. Februar öffentliche
Versammlung. (Siehe Einzeiger!)
Ortsgruppe Neutisch: Sonntag, den 1. Februar, nach-
mittag 2 Uhr, bei Strafe: Versammlung.

Öffentliche Volksversammlung

Sonntag, den 1. Februar, vormittags 9 Uhr
im großen Saale des Schiesswerders
Thema:
Revolutionen waren u. sind Naturgesetz
Referent: Schriftsteller Fritz Köster-Dresden. Freie Ans-prache.
Arbeiter, Arbeiterinnen, Bürger erscheint in Massen!
Gewerkschaft der Syndikalisten, Breslau.

Achtung! Parteigenossen!

Jeden Dienstag 7 1/2 Uhr:
Niederkurfus
Lokal zur „Paketpost“, Weiße Ohle.

Schuh-Vertrieb

Ohlauer Straße 29, I.
**Große Auswahl in Herren-, Damen- und
Kinder-Stiefeln** En detail En gros
Markus & Bergmann.

Tuchhaus E. Heinze

vorm M. Schoiz.
Goldene Radegasse 7. Fernruf Amt Ohle 1609
Flausch-
Marengo-
Kammgarn-
Cheviot-, Anzug-
Paletot- u. Kostüm-
Prima Qualitäten
für Herren und Damen — preiswert!

Silbergeld aller Art

kauft
zu allerhöchsten Tagespreisen
Hans Laske,
* Ringbaude *
Telephon Amt Ohle Nr. 6578.